

Die Konsumsteuer: Finanzierungsform einer freiheitlichen Gesellschaft – oder verkapptes neoliberales Abzock-Modell?

Die Konsumsteuer in den Focus der gegen sie erhobenen Einwände gestellt.

Eine Handreichung vor allem für Katja Kipping, Ronald Blaschke und Werner Rätz – von Ralph Boes (Beta-Version)

Teil 1: Erklärung, was Konsumsteuer ist.

Alle auf Arbeitseinkommen erhobenen Steuern, und Sozialabgaben werden, statt auf die *Arbeit*, auf den *Konsum*, wie heute schon die "Mehrwertsteuer", gelegt. D.h., statt einer größeren Anzahl "direkter" (auf Arbeitseinkommen und Betriebsgewinne erhobener) und "indirekter" (auf den Konsum erhobener) Steuern und Sozialabgaben gäbe es nur noch eine einzige Abgabe an die Gemeinschaft: Die Mehrwert- oder Konsumsteuer. Einkommen aus Arbeit wären steuerfrei, die sog. "Lohnnebenkosten" und Betriebssteuern fielen fort.

Da der gesamte Staatshaushalt und alle öffentlich getragenen sozialen Leistungen dann aus der verbleibenden Mehrwert- oder Konsumsteuer beglichen werden müsste, müssten diese dann so angehoben werden, dass alle Ausfälle auf der anderen Seite ausgeglichen werden.

Beispiel:

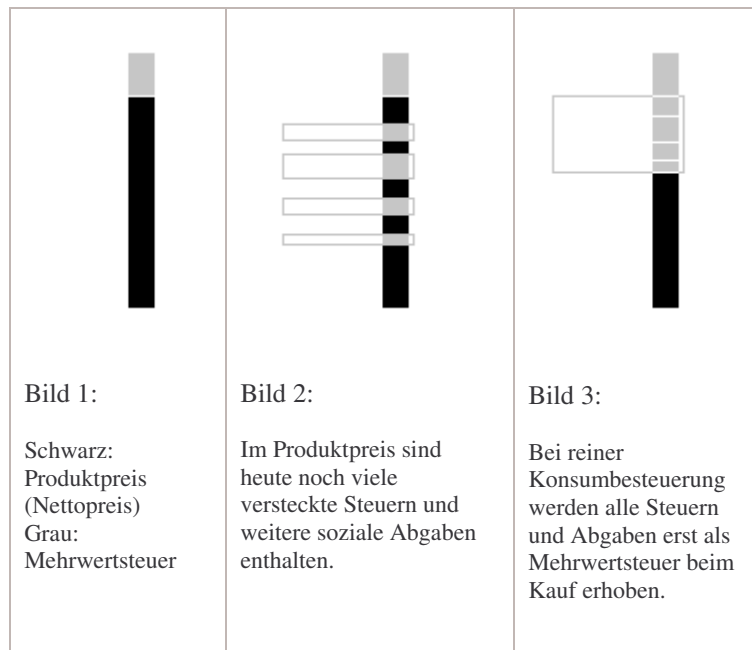
Die Produktion eines Konsumgutes in Deutschland koste heute z.B. 100 Euro.
Beim Verkauf werden 19% Mehrwertsteuern auf den (Netto-)Produktpreis gelegt (Bild 1).

In der Produktion sind bis dahin aber schon eine Fülle von Steuern und Sozialausgaben angefallen (Lohnsteuer, Sozialversicherung, Krankenkasse, Betriebssteuern ...). Diese wurden samt und sonders in den Produktpreis kalkuliert, so dass dieser von Steuern und Sozialabgaben "aufgeschwemmt" ist. (Bild 2)

In Wirklichkeit fallen heute bei jedem Kauf durchschnittlich 50% Steuern und Sozialabgaben an. (-> "Staatsquote"¹)

Die im Produktpreis verschleierte Steuern und Sozialabgaben

entfallen bei der reinen Konsumbesteuerung und werden wie heute die Mehrwertsteuer erst beim Kauf, bzw. beim Konsum, erhoben. (Bild3)



¹ Als "Staatsquote" bezeichnet man den Anteil des Einkommens, den der Staat aus den Geldläufen der Gesellschaft bezieht. Bspl: In Deutschland liegt die "Staatsquote" bei 50% - d.h. bei allem Handel gehen durchschnittlich 50% des Geldes an die Gemeinschaft und 50 % in die privaten Verfügung über. – In anderen Ländern gelten andere Quoten. Z.B. hat die Schweiz eine Staatsquote von 40 % - es gehen dort nur 40% an die Gemeinschaft und 60 % können privat vereinnahmt werden. In den skandinavische Ländern liegt die Staatsquote bei 60%: 60% gehen an die Gemeinschaft und nur 40% werden "privatisiert".

Die Folgen:

Um die Staatseinkommen wie heute zu erbringen, müsste die Steuerquote im Gesamtpreis ca. 50% betragen. Oder: auf den Produktpreis müssten 100% Mehrwert- oder Konsumsteuern aufgesattelt werden. Da der Produktpreis entsprechend sinkt, ändert sich der **Endpreis** der Produkte **nicht!** (Bild 3)

Auswirkungen im Inland:

- Wer "leistet" ist von Steuern und Sozialabgaben befreit. Erst der Kunde zahlt die Steuern.
- Arbeit wird billiger ohne dass die Löhne sinken, weil nur die bisher an Dritte abgeführten Lohnzusatzkosten entfallen.
- Das unternehmerische Risiko sinkt ab: Die Produktionskosten können sinken. Die Lohnbuchhaltung kann vereinfacht werden.
- Der Druck auf die *Arbeitenden*, das Sozialsystem zu finanzieren, entfällt: Alle Menschen zahlen durch die bei ihren Konsum anfallende Konsumsteuer gemeinsam ins Sozialsystem ein. Auch das Problem der "demographischen Entwicklung" ist gelöst.
- Der Staat wird entlastet: Er muss nur noch die Konsum- bzw. Mehrwertsteuer kontrollieren – alle anderen Steuertatbestände - und auch Steuerschlupflöcher - fallen fort.
- Die staatliche Überwachung der *Einkommen* der Bevölkerung entfällt, da es nur noch die Konsum- bzw. Mehrwertsteuer gibt.

Globale Auswirkungen:

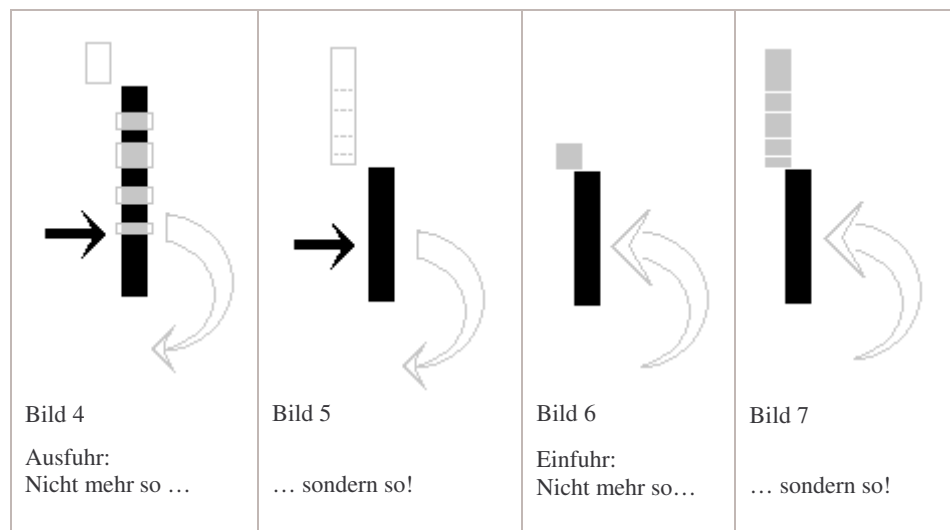
Ausfuhr:

Durch reine Konsumbesteuerung werden die Käufer im Ausland von unseren Sozialkosten entlastet (Bild 5 statt Bild 4). Deutsche Produktion wird weltweit konkurrenzfähig sein.

Einfuhr:

Auf die Einfuhr werden z.Zt. nur 19 % Mehrwertsteuer gelegt (Bild 6). Wird auf sie die Konsumsteuer angewendet (in- und ausländische Produkte werden so *gleich* behandelt), kommen auch die eingeführten Waren auf ein angemessenes

Niveau. Die zerstörerischen Dumping-Preise fallen weg.



Staatseinkommen:

Die Steuern, die bei der Ausfuhr für unsere Gemeinschaft in wesentlich höherem Maße als heute entfallen (Bild 5 statt Bild 4), kommen durch die Einfuhr wieder herein (Bild 7 statt Bild 6). Das durch die Ausfuhr zunächst entstehende "Steuerloch" wird durch die Einfuhr wieder ausgeglichen. Der deutsche Handel ist "globalisiert".

Teil 2:**Die Einwände gegen die Konsumsteuer und Ihre Entgegnungen:**

- 1.) Arbeitgeber haben dieses Modell entwickelt, um sich der Lohnnebenkosten ihrer Mitarbeiter und der Besteuerung ihrer Betriebe zu entledigen und sich damit ihrer sozialen Verantwortung zu entziehen. Die Umverteilung von Reich nach Arm wird unterbrochen.
- 2.) Arbeitgeber werden sich die Entlastung von Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen in die eigene Tasche stecken.
- 3.) Wir sind gerade Exportweltmeister! – Da keine ausgeglichene Einfuhr-Ausfuhr-Situation vorliegt, würde sich eine reine Konsumbesteuerung verheerend auf das Staatseinkommen auswirken.
- 4.) Der Großteil der Steuereinnahmen wird durch die ärmeren Bevölkerungsschichten erbracht. Hohe Einkommen bleiben fast steuerfrei. Es gibt eine Verteilung von unten nach oben. Machtmonopole können sich wesentlich leichter als heute bilden.

Zu 1.):

Arbeitgeber haben dieses Modell entwickelt, um sich der Lohnnebenkosten ihrer Mitarbeiter und der Besteuerung ihrer eigenen Betriebe zu entledigen und sich damit der sozialen Verantwortung zu entziehen. Die Umverteilung von Reich nach Arm wird unterbrochen.

Was spricht **für** den Einwand?

Umverteilung findet durch hohe Besteuerung hoher Einkommen statt. Einkommenssteuer abzuschaffen bedeutet, die Umverteilung abzuschaffen.

Was spricht **gegen** den Einwand?

Eine Umverteilung durch Besteuerung von Einkommen findet durch Einkommensbesteuerung **nur vordergründig** statt: Betriebe zahlen zwar die Steuern – als Lohn-, Einkommens- und Betriebssteuern – an das Gemeinwesen und den Staat. Wie alle übrigen Produktions- und Betriebskosten (Waren-, Produktions-, Miet-, Zins-, Lohn-, Buchhaltungskosten usw. usf.) - werden aber auch die Steuern und Sozialabgaben letztlich in den Produktpreis kalkuliert (s. Bild 2, oben). D.h.: Sobald ein Käufer auftritt, gibt er dem Unternehmer das Geld für die entrichteten Steuern und Sozialabgaben zurück.

Es folgt:

- Durch Einkommensbesteuerung wird nur scheinbar eine "Umverteilung" von Reich nach Arm bewirkt. Wie alle anderen Kosten werden auch Steuern und Sozialabgaben letztlich **IMMER** nur **vom Konsumenten** bezahlt.²
- Die soziale Verantwortung von Unternehmen drückt sich nicht darin aus, dass ein Unternehmen Steuern zahlt (die zahlt auch heute schon der Kunde), sondern darin, dass es sinnvolle, gute Produkte sozialverträglich und ressourcenschonend zu einem erschwinglichem Preis produziert. (Götz Werner)

² Eine Ausnahme tritt nur ein, wenn der Kunde die hergestellten Produkte nicht kauft. Dann hat das Unternehmen neben allen übrigen Kosten – auch die die Steuern und Sozialabgaben - selbst bezahlt. Ein Unternehmen zahlt nur Steuern – wenn es stirbt, sagt Götz Werner. Durch dann ggf. anhebende staatliche Rettungsaktionen erhalten die großen, politisch bedeutsamen Firmen die bereits entrichteten Steuern und Sozialabgaben allerdings zurückerstattet.

Zu 2.):

Arbeitgeber werden sich die Entlastung von Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen in die eigene Tasche stecken.

Was spricht für den Einwand?

Die Geschichte ist voll von Beispielen, die zeigen, dass die Unternehmer unersättlich sind.

Was spricht gegen den Einwand?

Unanstand ist nicht auf die Unternehmerklasse beschränkt – es gibt ihn überall. Dasselbe ist allerdings auch vom Anstand zu sagen. - In einem guten Finanzierungssystem solle man sich daher weniger auf den Anstand verlassen als vielmehr auf die unternehmerische Vernunft.

Deshalb stellen wir die Frage: Was würde passieren, wenn sich der Unternehmer die Entlastungen in die eigene Tasche steckt?

In Bild 9 ist die *heutige* Situation gezeigt. Der Produktpreis ist mit Steuern und Sozialabgaben aufgeschwemmt. Oben auf den Produktpreis sind 19% Mehrwertsteuer aufgesetzt.

Würde die Produktion *vollständig* von Betriebs-, Einkommenssteuern und Sozialabgaben *entlastet*, würde der Produktpreis entsprechend sinken. Der Produktpreis kann - statt in alter Stückelung – jetzt einfach mit 100% Konsumsteuer belastet werden, ohne dass der Endpreis steigt. (Bild 10)

Geben Arbeitgeber die Entlastungen nicht weiter, sinkt der Produktpreis nicht ab - und es explodiert durch die 100%-ige Konsumbesteuerung der Endpreis (Bild 11).

Es gilt:

Um die Preise halten zu können, sind die Unternehmer gezwungen, die Entlastungen weiter zu geben. Jeder Euro, den sie NICHT weitergeben, tritt im Endpreis als 2 Euro Preiserhöhung auf.

Es folgt:

Heute tritt jeder Euro, den sich der Unternehmer "in die eigene Tasche steckt" nur als 1,19 Euro im Endpreis auf, denn es werden ihm nur 19% Mehrwertsteuern aufgestockt. Bei Konsumbesteuerung tritt er mit zwei Euro im Endpreis auf.

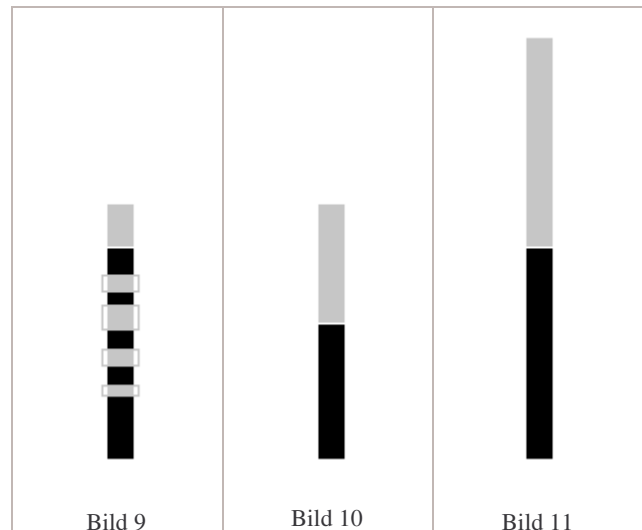
D.h. "Selbstbereicherung" ist bei Besteuerung von Arbeit und Einkommen LEICHTER als bei Konsumsteuer möglich. Bei Konsumsteuer fällt sie stärker auf.

Konsumsteuer

- ***erleichtert zwar das unternehmerische Handeln*** (s. S. 2, "Auswirkungen im Inland"),
- ***erschwert aber unternehmerische Selbstbereicherungsmentalität!***

Man wird durch die Konsumsteuer dazu angeregt, "unternehmerisches Handeln" und "Selbstbedienungsmentalität" als zwei voneinander geschiedene, nicht unbedingt miteinander verbundene Dinge zu sehen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es besonders interessant, auch den 4. Einwand zu betrachten.



Zu 3.)

Wir sind gerade "Exportweltmeister"! – Da keine ausgeglichene Einfuhr-Ausfuhr-Situation vorliegt, würde sich eine reine Konsumbesteuerung verheerend auf das Staatseinkommen auswirken.

Ja, das stimmt.

Wie in Bild 5 (s.o., Seite 2) gezeigt, geht dem Staat bei der Ausfuhr mit reiner Konsumbesteuerung wesentlich mehr Einkommen verloren, als mit einer geteilten Einkommens- und Konsumbesteuerung (Bild 4). Nur eine *ausgeglichene* Ausfuhr- und Einfuhrbilanz würde den Verlust durch die Ausfuhr ausgleichen (Bild 7). Die Aufrechterhaltung der "Exportweltmeisterschaft" würde zwar *der Wirtschaft* dienen – *der Staat* wäre aber schnell bankrott.

Aber:

Wir stellen zunächst die Frage, warum es heute als günstig angesehen wird, dass wir "Exportweltmeister" sind:

Durch Einnahmen aus Einkommen und Sozialabgaben erhalten Staat und Gemeinschaft heute noch ein größeres Einkommen als durch die Mehrwertsteuer. (Bild 8)

Bei der Ausfuhr bleiben die Einkommenssteuern und Sozialabgaben im Land. Nur die Mehrwertsteuer fällt fort.

Wenn der Binnenmarkt schwächelt und es daher zu Einbußen in der Mehrwertsteuer kommt, können die sinkenden Staatseinnahmen durch eine verstärkte Ausfuhr ausgeglichen werden.

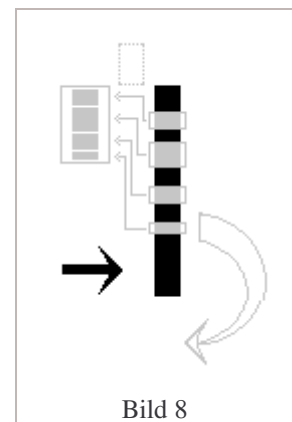


Bild 8

Volkswohlfahrt und Staatseinkommen werden so allerdings entkoppelt: Der Staat erhält durch Exportüberschüsse sein Einkommen, obwohl es dem Volk immer schlechter geht.

Durch Konsumbesteuerung würde der Staat dazu gezwungen, die Volkswohlfahrt im Auge zu behalten. Es käme genau so viel Geld in seine Kassen, wie das eigene Volk zu konsumieren vermag.

zu 4.) :

Der Großteil der Steuereinnahmen wird durch die ärmeren Bevölkerungsschichten erbracht. Hohe Einkommen bleiben fast steuerfrei. Machtmonopole können sich leichter als heute bilden.

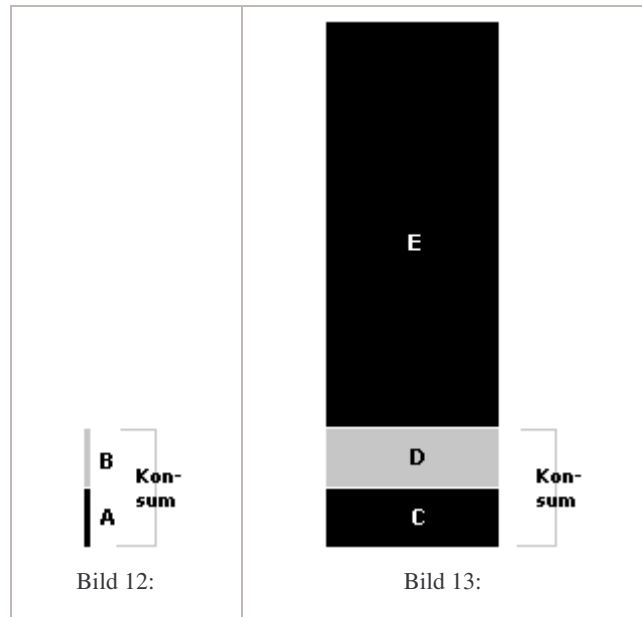
Was spricht für den Einwand?

Kleine Einkommen (A+B, Bild 12) werden vollständig verkonsumiert.

Große Einkommen (C+D+E, Bild 13) können dagegen nur zu einem kleinen Teil verkonsumiert werden (C+D).

Damit tragen kleine Einkommen mit dem höchstmöglichen Anteil, große Einkommen, da sie nicht selbst versteuert werden, aber nur mit einem geringen Anteil ihrer selbst (D) zum Staatseinkommen bei.

Der nicht verkonsumierte Anteil (E) der großen Einkommen bleibt unversteuert. Bezüglich des prozentualen Anteiles an der Steuerlast entsteht ein signifikantes Ungleichgewicht, welches die Reichen stark begünstigt. (In der Abbildung zahlt das kleine Einkommen genau 50 % Steuern, das große Einkommen aber nur ca. 10 %). Eine verschärfte Geld- und Machtkonzentration sind die Folge.



Was spricht gegen den Einwand?

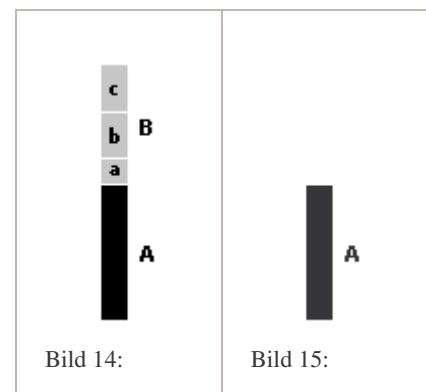
Die *Besteuerung* des Einkommens ist zwar richtig erfasst!

Die Änderungen im *Zufluss* des Einkommens sind aber nicht beachtet!

Man sieht sofort, dass die Dinge **völlig anders** liegen, wenn man auch den *Zufluss* des Einkommens in die Betrachtung mit einbezieht:

In Bild 14 sei ein geringeres heutiges Einkommen, etwa das einer Krankenschwester, symbolisiert. Auf ihr Netto-Einkommen (A) sind als sog. "Lohnnebenkosten" (B) die Einkommensteuern (a), die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitnehmers (b) und die des Arbeitgebers (c) aufgesattelt.

Nach Einrichtung der Konsumsteuer fallen die Lohnnebenkosten ersatzlos fort (Bild 15). Es gehen nur noch Netto-Löhne ein.



Was nach Konsumsteuer für ein gewöhnliches Arbeits-einkommen gilt, gilt nach Konsumsteuer für ein hohes Arbeitseinkommen³ erst recht: Es gehen nur noch Netto-Einkommen und nicht mehr Brutto-Einkommen ein.

³ Achtung: Wir sprechen hier von Arbeits-Einkommen nicht von Einkommen etwa durch Börsenspekulation. Für letztere gelten andere Gesetzmäßigkeiten und sie sind anders zu behandeln. 50% Besteuerung könnten dort angemessen sein.

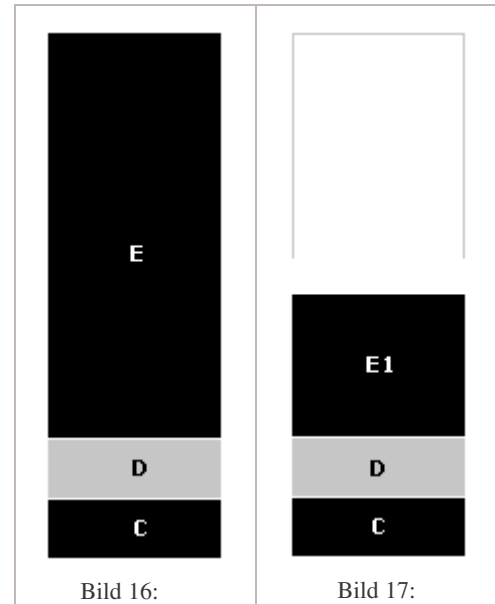
Beispiel:

Wenn man der Presse Glauben schenken darf, erhält Herr Ackermann (Deutsche Bank) 1 Million Euro im Monat.

Nehmen wir an, dass er das Geld "Brutto" erhält – dann folgt: Für seinen persönlichen Gebrauch stehen ihm nur 500.000 Euro wirklich zu. Den darüber hinausgehenden Betrag erhält er nur, damit er Steuer und Sozialversicherung bezahlen kann.

Nach Einführung der Konsumsteuer würden ihm die darüber liegenden 500.000 Euro von vorneherein nicht ausgezahlt werden. D.h.: Statt 1 Million Euro bekäme er nur 500.000 Euro. Sein Einkommen wäre statt in Bild 16 in Bild 17 repräsentiert.

Das kritisierte "unversteuerte, über dem Konsum (C+D) liegende" Einkommen, wäre nicht mehr E (Bild 16) sondern nur noch E1 (Bild 17).



Es bleibt nur unversteuert, was auch nach heutiger Verfahrensweise - sogar **nach 100%igem Abzug** von Einkommenssteuern und Sozialabgaben (!) - unversteuert übrig bleiben würde.

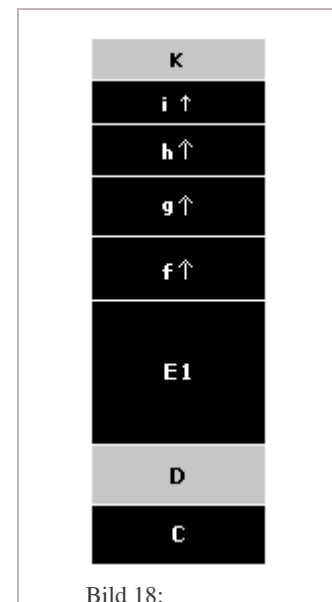
An dieser Stelle fällt das Hauptargument der von vielen Seiten gegen die Konsumsteuer und ihre Repräsentanten vorgetragenen Kritik zusammen.

Aber es fällt auch Folgendes auf:

Die Kritiker der Konsumsteuer in Grundeinkommenskreisen, die so sicher sind, dass sie allein mit ihrem Modell eine Umverteilung bewirken, während die Konsumsteuerbefürworter die Reichen begünstigen und gefährliche "trojanische Pferde des Neoliberalismus in der Grundeinkommensbewegung" sind, geben den Reichen von vorneherein 100% mehr Einkommen in die Hand als die Befürworter der Konsumsteuer. Sie geben ihnen den vollen Betrag C+D+E (Bild 16) und dann *hoffen* sie, dass die Reichen das mehr ausgegebene Geld versteuern werden.

In Wirklichkeit geschieht aber gerade dies oft nicht:

Statt das Geld an die Gemeinschaft abzuführen, erhöhen sich die Besserverdienenden ihr Einkommen mit Steuersparmodellen und Investitionen um fast das Doppelte des ihnen ursprünglich zugestandenen Betrags (f - i), um dann - wenn überhaupt - nur noch marginale Einkommenssteuern zu begleichen (K).



Die Einkommenssteuer mit ihren vielen bewusst eingebauten Schlupflöchern begünstigt die Reichen – während die Konsumsteuer den Reichen keine Möglichkeit zur Selbstbereicherung gibt.

Bleibt noch die Frage:

Kann Ackermann sich die Million nicht trotzdem einfach gönnen?

Natürlich kann er das versuchen.

Bei Konsumsteuer gilt allerdings, dass jeder "ingesackte" Euro beim Kunden – wegen der zusätzlichen 100% Besteuerung – mit 2 Euro zu Buche schlägt. Nimmt Ackermann sich die Million wie bisher, muss der Kunde 2 Millionen zahlen.

Nachwort:

Die Diskussion wird oft so geführt, dass die Konsumsteuer die Bezieher hoher Einkommen begünstige und kein geeignetes Mittel zur Behebung unangemessener Machtkonzentrationen sei. Ich denke, dass der erste Vorwurf in "Einwand 4" gelöst ist - und weiter, dass **weder** die Konsumsteuer **noch** die Einkommenssteuer besonders geeignete Umverteilungs- und Machtbeschneidungsinstrumente sind.

Außerdem sehe ich den Versuch, die Umverteilungs- und Machtfrage überhaupt **am Steuermodell** festzumachen, als **von vorneherein** zum Scheitern verurteilt an!

Jedenfalls da, wo man das bedingungslose Grundeinkommen will:

Das bedeutendste Mittel für die Umverteilung ist nämlich immer noch das bedingungslose Grundeinkommen selbst!

- In ausreichender Höhe ausgegeben gibt es jedem Einzelnen, erst recht den Familien, eine starke finanzielle Basis (das ist schon der erste Teil der Umverteilung)
- mehr noch stärkt es die "Verhandlungsmacht" des "Arbeitnehmers" gegenüber dem "Arbeitgeber", so dass die Möglichkeit zu Ausbeutung und Machtausübung gewaltig schwindet, weil niemand mehr arbeiten muss, wo er nicht will.
- Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen in ausreichender Höhe wird man sich auch nicht mehr mit "Mindestlöhnen" abspeisen lassen wollen, sondern wird auf eine angemessene **Gewinnverteilung** pochen - und die Umverteilung ist in vollem Gang.

Vor diesem Hintergrund sieht man, wie unsinnig es ist, etwa Götz Werner als "neoliberal" abqualifizieren zu wollen, nur weil er ein besonderes Finanzierungsmodell vertritt. Unabhängig davon, wie man sein Finanzierungsmodell beurteilt: indem er für ein Grundeinkommen eintritt, welches bedingungslos ausgegeben wird und durch angemessene Höhe die Basis zur individuellen Freiheit schafft, tritt er auch gleich für einen angemessenen Machtausgleich und für eine angemessene Umverteilung ein. Die "Freiheit des Marktes", die in der heutigen Zeit in extremer Weise auch die Möglichkeit der Ausbeutung mit einschließt, wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen (in angemessener Höhe) **auf jeden Fall** in eine solche "Freiheit des Marktes" verwandelt, die *nur* die Möglichkeit der freiwilligen Zusammenarbeit bietet. Und freiwillig arbeitet man nur zusammen - nicht, wo man sich ausbeutet - sondern wo man sich gegenseitig (wert-) schätzt und vertraut.

Mit diesen Zeilen hoffe ich, ein Problem gelöst zu haben, welches seit Jahren spaltend in der Grundeinkommensbewegung wirkt. Für Kommentare, Verbesserungsvorschläge und Kritik ist der Blog <http://konsumsteuer.blogspot.com> eingerichtet worden.

Ob die Lösung einer Frage auf der **Sachebene** auch eine Klärung auf der **Beziehungsebene** mit sich bringt und uns wieder mehr zusammenführt, ist natürlich offen.

Aus rein menschlichen Erwägungen – und um die Grundeinkommensbewegung zu einen und für ihre künftigen Aufgaben zu stärken - wäre das aber sehr zu hoffen.